



**An  
Presseverteiler**

**Niko Lamprecht**

Bundesvorsitzender  
**Verband der Geschichtslehrerinnen und  
-lehrer Deutschlands e. V.**  
Von-Ingelheim-Weg 2  
65366 Geisenheim

[lamprecht@geschichtslehrerverband.de](mailto:lamprecht@geschichtslehrerverband.de)

Juli 2024

## **Stellungnahme des VGD zu Empfehlungen der StWK der KMK**

Die Empfehlungen vertreten im Kern die folgenden Punkte:

Vor diesem Hintergrund formuliert die SWK die folgenden, im Text ausführlich dargelegten und weiter spezifizierten Empfehlungen:

Empfehlung 1: Ländergemeinsame Definition von Kompetenzzielen der Demokratiebildung in den Fächern Politik und Geschichte abstimmen und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele implementieren.

Empfehlung 2: Durchgängiges Unterrichtsangebot in den Fächern Politik und Geschichte sowie Orientierung an einem Spiralcurriculum von der Grundschule bis zum Ende der Sekundarstufe I sicherstellen, das am Leitbild geschichtsbewusster, mündiger Bürger:innen ausgerichtet ist.

Empfehlung 3: Unterricht in den Fächern Geschichte und Politik bzw. in den entsprechenden Verbundfächern sowie im Sachunterricht gezielt weiterentwickeln.

Empfehlung 4: Demokratiebildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip in allen Schulfächern verankern.

Empfehlung 5: Demokratische Schulkultur durch eine gezielte Schulentwicklung und Partizipation stärken.

Empfehlung 6: Lehrkräftebildung stärken für einen fachlich und fachdidaktisch hochwertigen Geschichts- und Politikunterricht, für Demokratiebildung als fächerübergreifendes Prinzip sowie für eine demokratische Schulkultur.

Empfehlung 7: Strukturelle und materielle Voraussetzungen für die Verankerung der Demokratiebildung auf allen Ebenen schaffen.

Siehe <https://www.swk-bildung.org/veroeffentlichungen/demokratiebildung-als-auftrag-der-schule-bedeutung-des-historischen-und-politischen-fachunterrichts-sowie-aufgabe-aller-faecher-und-der-schulentwicklung/>

Der VGD e.V. hat schon lange auf die Richtung hingewirkt, dass das Schulfach Geschichte eine wichtige Rolle als Demokratiefach erfüllt. Geschichte schult den faktenorientierten Blick auf gesellschaftliche Entwicklungen von der Antike bis zur Gegenwart, auch im demokratiegeschichtlichen Sinn. Breit aufgestellte Kenntnisse zur Geschichte können vor „Fake News“ und kruden Missverständnissen bzw. Umdeutungen von Geschichte schützen! In diesem Sinn sind die Empfehlungen sehr zu begrüßen - besonders auch, da sie nicht die Fächer Politik (Sozialkunde) und Geschichte gegeneinander ausspielen.

Die Forderung nach einem durchgehenden fachgebundenen Unterricht in Geschichte in Sek. I und Sek. II wird vom VGD seit langer Zeit und vehement gestützt, ausgestattet mit der nötigen Stundenzahl und mit fachlich qualifizierten Lehrkräften. Ein wöchentlich einstündiger Unterricht ist nur ein „Feigenblatt“, äußerst problematisch sind auch „Mischmasch-Lösungen“ (Kontingentlösung wie z.B. vier Wochenstunden für Politik, Geschichte und Erdkunde – oft dann von einer nicht generell fachkundigen Lehrkraft ausgeführt).

In Reaktion auf gesellschaftliche Problemlagen sind nach Auffassung des VGD die Fragestellungen des Geschichtsunterrichts gegenwartsbezogen angemessen zu erneuern. Die Fort- und Weiterbildung der Geschichtslehrkräfte auf hohem akademischem Niveau und gutem Praxisbezug proklamiert der VGD seit seiner Gründung. In dieser Hinsicht sehen wir uns auf einer Linie mit dem VHD. Dazu gehört auch die Förderung einer Digital Literacy und der Nutzung digitaler Medien für die Förderung der historisch-politischen Urteilsbildung (bzw. Auswahlkompetenz) bei Kindern bzw. Jugendlichen und den geeigneten pädagogischen Zugang zu Kindern und Jugendlichen.

Vorbehalte bzw. Einschränkungen gibt es aus VGD-Sicht zu folgenden Punkten:

- Zu Punkt 2: Fachlich seriöser Geschichtsunterricht in der Grundschule ist aus unserer Sicht schwer zu bewerkstelligen.
- Zu Punkt 7: Der VGD hat bereits mehrfach die Stützung des schulischen Besuchs von Erinnerungsorten oder Gedenkstätten gefordert, zuletzt mit einer im Mai 2025 in Erkner gemeinsam mit anderen Partnern verabschiedeten Resolution (<https://geschichtslehrerverband.de/25-5-2024-erkner-resolution-und-plenum-zum-umgang-mit-ddr-geschichte-und-mit-gedenkstaettenarbeit/>). Wir bevorzugen hier eine strukturelle und sichere Stützung über ein möglichst bundesweit ähnliches Gutscheine- oder Budgetsystem, wollen aber nicht die – auch mit Blick auf eine entsprechende Praxis in der DDR - problematische „Staatspflicht“ zu Gedenkstättenbesuchen.

Zu diesen und allen anderen Punkten ist der VGD bereit, zur Ausschärfung im fachlich-pädagogischen Dialog mitzuwirken. Wie immer sind Absichtserklärungen nur hilfreich, wenn die weitere Umsetzung in den Ländern mit Vertretern aus der Praxis bzw. den Fachverbänden abgestimmt wird. Die generelle Richtung der Empfehlungen wird jedoch vom VGD begrüßt!



Bundesvorsitzender VGD e.V.

